

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, ...

Zeitung

Die 8 gepaltene 38 mm breite Millimeterzeile über deren Raum 60 Pf., ...

Wähler und Wählerinnen Preußens!

Der Wahlaufsatz der Deutschen Demokratischen Partei ist erschienen und hat schon seine Kritiker im Lager der Rechtsparteien gegeben. Das hiesige volksparteiliche Organ vertritt sich in einem Leitartikel zu der Behauptung, die Demokratie schmeide sich mit fremden Federn. Die Demokratie soll sich plötzlich ein liberales Mäntelchen umgehängt haben, um damit die Wähler zu fangen. Diese Bemerkung ist so — abseits, daß man ihrem Erfinder empfehlen möchte, sich höchstens aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Demokratie ist die freiheitlich erweiterte Form des Liberalismus. Liberalismus in einem gewissen modernen Sinne ist Konzeptionsstadium, das sich vom Alten nicht trennen und im Uebergangsstadium zum Neuen schaffen möchte, weder sich noch Freiheit ist und insofern seiner Selbstheit über kurz oder lang wieder verschwinden muß. Ihr Programm in diesem Sinne mit einem liberalen Mäntelchen zu umgeben, hat die deutsche Demokratie nicht die geringste Veranlassung. Sie folgt dem Weg ihrer liberalen Vorgänger, in einem wirtschaftlichen Werte nach.

Der Wahlaufsatz

hat folgenden Wortlaut: Die Wahlen des Jahres 1920 haben, aus Kosten der demokratischen Mitte, die Parteien der Rechten und der äußersten Linken gekostet.

Die Folge davon war zuerst in Mecklenburg die Bildung einer Regierung der Rechten, in Sachsen und Braunschweig die Bildung einer rein sozialistischen Regierung. Dieseren und zugleich die bedeutungsvollsten Wahlen des Jahres 1921 finden am 20. Febr. in Preußen statt.

Sie gilt es zu zeigen, ob die Wählerchaft auch den preußischen Staat, seine Provinzen und Kreise den Extremen rechts oder links auszuliefern und den Heimatfriede zwischen den Klassenkämpfern der Reaktion und Räuberpublik zu verewigen, oder ob sie die Macht in die Hände derer legen will, die alle verfassungstreuen Kräfte zu gemeinsamer Arbeit für den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Vaterlandes zusammenfassen. Die Deutsche demokratische Partei steht voll guten Mutes der Entscheidung entgegen.

Partei der Mitte

zuziel, soweit gelöst zu haben, wie es angeht, die Widerstände von recht und links möglich war. Ihr offenes Bekenntnis zur republikanischen Staatsreform hat nach der Revolution in Deutschland vor sozialdemokratischer Mißherrschaft gerettet. Ihre entschlossene Betonung nationaler Würde hat in hervorragendem Maße dazu beigetragen,

daß heute die Welt die Unertüchlichkeit des Friedensertrages von Versailles zu erkennen beginnt.

Ihr grundsätzliches Festhalten an dem System der Privatwirtschaft hat unter Sozialisierungs- und Kommunalisierungsversuchen verhindert und den Abbau der Zwangsökonomie beschleunigt.

Ihr unbefriedigtes Eintreten für die Steigerung und den Schutz der Produktion hat zum Westen von Industrie, Landwirtschaft und Handel und aller darin tätigen Unternehmern, Angestellten und Arbeiter heilend auf die böse Krankheit des Stillstandes eingewirkt und einer Neuordnung des Arbeitsrechtes, die ebenso die Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft wie die begünstigten Forderungen der Arbeitnehmer berücksichtigt, die Bahn gebend.

Ihre unabhängige Fürsorge für die unter der Last der Zeit am schlimmsten Verenden, den gemittelten Mittelstand, die Zeitbesetzten, die Kleinen und Rentner, hat das Beständnis dafür, daß diese Schichten unseres Volkes im Staatsertrage erhalten und geschützt werden müssen, gewirkt und gefördert.

Ihre vom Geiste echten Liberalismus getragene Beteiligung an der kirchlichen Geisteserhebung hat es zuzwege gebracht, daß die Trennung von Kirche und Staat ohne Verletzung des Empfindens der kirchlich gesinnten Kreise unseres Volkes vollzogen werden konnte.

Ihre zielbare Beteiligung an der Demokratisierung der Verwaltung hat zum Grundbaue geholt, daß für den Erlass auscheidender reaktionärer Beamter nicht die Parteitüchtigkeit, sondern die persönliche und fachliche Eignung des Beamten maßgebend war. Wo Demokraten zu Beamten ernannt wurden, haben sie diesen Grundbaue entsprechend.

Die Deutsche demokratische Partei hat sich wie im Reiche, so in Preußen als

die Verfassungspartei

erwiesen. Sie hat die Führung bei der Schaffung der preußischen Verfassung gehabt.

Ihr Verdienst in erster Linie ist die Einfügung des Staatsrats als eines Bollwerks gegen reinliche Finanzpolitik und einer Grundlage für die Beteiligung der Provinzen an der Verwaltung der Geschichte des Staates.

Ihr Verdienst ist es vor allem, dem Auseinanderfallen Preußens dadurch vorgebeugt zu haben, daß den einzelnen Provinzen eine weitgehende Selbstverwaltung gewährt ist, veränderlich und sich gern und freudig als Glieder des Ganzen fühlen sollen.

So hat die Deutsche demokratische Partei bisher gehandelt.

Im Unterschiede von ihr haben die Parteien der Rechten wie der äußersten Linken die Gefundung unserer öffentlichen Verhältnisse

geführt. Sie haben durch die Hervorkehrung des Gegenfuges gegen die demokratisch-republikanische Staatsform und die geistlichkeitsliche Verächtlichmachung ihrer Träger das Ansehen der jungen Republik nach außen und innen geschädigt. Sie haben bei dem Wiederaufbau abseits gestanden, soweit sie nicht bei der Rechts- und Links-Partei, jene verächtlichen Altentate auf unsere staatliche und wirtschaftliche Existenz, unterliegt oder begünstigt haben. Noch im Dezember 1920 haben die Deutschen, Unabhängige und Kommunisten Arm in Arm die preußische Verfassung abgelehnt.

Wähler und Wählerinnen!

Aus dem Erleben der Vergangenheit zieht die Schlüsse für die Zukunft.

Der Wiederaufbau ist erst im Beginn. Erkennen und anders zum guten Ende kommen, als im Zeichen der nationalen und liberalen Demokratie.

Erkennt ihr das, dann hütet euch davor, der Reaktion, die täglich beweist, daß sie aus der Unglück unseres Landes nichts gelernt hat, neue Triumphe zu bereiten, dann behaltet Preußen, seine Provinzen und Kreise bar, daß sie zu Versuchsfeldern des Sozialismus werden, dann wendet euch

zurück zur Mitte! Wählt deutsch-demokratisch!

Die Deutsche demokratische Partei wird ihrer Vergangenheit treu in Staat, Provinzen und Kreisen eintreten.

gegenüber Klassenherrschaft; für die Gleichberechtigung aller Volksgenossen ohne Rücksicht auf Geschlecht, Bekenntnis und Stand;

für soziale Verbesserung;

für freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte;

für Volkswirtschaft und Volksbildung, für Ordnung und Recht.

Unser Ziel ist ein Preußen, fähig, moralische Eroberungen zu machen, damit es seinen Hauptberuf erfüllt; aufzugehen in dem deutschen Einheitsstaate, dem es der einst vergründet in möge, einem glücklichen Geschick die Stellung in der Welt zurückzugewinnen, die dem deutschen Wesen und deutscher Arbeit gebührt.

Wähler und Wählerinnen!

Helft das Ziel zu erreichen! Vereinigt am 20. Februar eure Stimmen auf die Listen der

Deutschen demokratischen Partei!

Wirtschaftspolitische Rückblick.

Im Reichsgeheblatt ist nunmehr das Gesetz über die deutsch-polnische Kreditvereinbarung veröffentlicht worden. Damit ist der erste Vertrag, der Deutschland Kohlen und Lebensmitteln aus dem Ausland liefert, nach überaus langwierigen Verhandlungen zum Abschluß gebracht. Nach dem Abkommen gewährt Poland dem Deutschen Reich einen Kredit von 20 Millionen Gulden, wovon 60 Mill. zum Ankauf von Lebensmitteln und 140 Millionen zum Ankauf von Kohlen bestimmt sind. Die Kredite dienen dabei nur als Garantie. Die Bezahlung selbst erfolgt bei den Lebensmitteln durch einen Teil des Preises der von Deutschland als Gegenleistung an die Niederlande zu liefernden 60 000 Tonnen Kohlen, bei den Kohlen durch Export der daraus hergestellten fertigen Güter. Das Abkommen ermöglicht also Deutschland den allmählichen Bezug von Kohlen und Lebensmitteln weit über die Grenze des 200-Millionen-Kredits hinaus. Da bei dem heutigen Valutakurs 200 Millionen Gulden gleich 4 1/2 Milliarden Papiermark sind, so hat der Vertrag mit dem tiefen Holland für Deutschland eine verhältnismäßig sehr große Bedeutung. Er wird uns bei der Bekämpfung der Ernährungsmisereiten wie aus besonders der Beschäftigungslage unserer Industriearbeiter gute Dienste leisten. Andererseits kommt er auch dem polnischen Handel, der zurzeit überaus schwer unter der internationalen Absatzkrise leidet, recht gelegen. Wenn man von einem wirtschaftlichen Abkommen sagen kann, daß es die beiden verhandelnden Parteien großen Nutzen gewährt, so ist das wohl das höchste Lob, das man ihm spenden kann.

Die Durchführung des Vertrages ist freilich davon abhängig, daß Deutschland die vereinbarten Kohlenmengen auch zu liefern vermag. Aber gerade die Kohlenlage Deutschlands ist in der letzten Woche wieder sehr schwierig geworden. Die Erfüllung des Abkommens von Spa drückt die deutsche Kohlenversorgung auf ein unerträgliches Mindestmaß herab.

Man hat bereits wieder eine Einschränkung des Verzehrs in Ermüdung ziehen müssen, um wenigstens den für die Produktion unentbehrlichen Güterverkehr der Eisenbahn aufrechtzuerhalten zu können. Eine solche dauernde Kohlenknappheit, noch dazu in einer Zeit, in der der internationale Markt einen ungünstigen Kohlenverlauf aufweist, muß auf die deutsche Industrie allmählich ebenso wirken wie wenn man einer Pflanze dauernd Licht und Luft entzieht, d. h. sie muß allmählich zugrunde gehen. In der Tat läßt sich auch bereits wieder ein nicht unerhebliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit feststellen. Hierin liegt zugleich die Gefahr neuer Unruhen oder neuer notwendiger Anwendungen aus der überschuldeten Reichskasse. Der Steuerbedarf des Reiches wächst ohnedies von Monat zu Monat in beachtlichem Tempo. Man hat die Erhöhung der Beamtengehälter erforderlich wiederzugeben vorgeschlagen. Es läßt sich nach nicht sagen, welche Zweige von Industrie und Handel diesmal dem Steuerzustaus zum Opfer fallen sollen. Sicher ist aber, daß eine Verdrängung anderer rascher wachsenden Bedarfs an neuen Einnahmen im Reich wie in den Gemeinden nicht möglich ist, ohne die Gesamtwirtschaft und ihre lebenswichtigen Teile in einer Weise zu belasten, die auf die Dauer die schwersten Schädigungen zur Folge haben muß. Wenn die Wiederherstellung der Entente unsere Wirtschaftskräfte überleben, dann ist der Ruin unermesslich. Die nächsten Wochen und Monate werden über die Lebenslage Deutschlands, wie über die andere, nämlich die Oberschleissens, die Entscheidung bringen.

Die Demokraten über die Ministerwahl in Mecklenburg.

In Mecklenburg werden die Minister durch den Landtag gewählt, zum Ministerpräsidenten ist bekanntlich der Sozialdemokrat Stellung gewählt worden. Vor seiner Wahl hielt der frühere mecklenburgische Ministerpräsident Dr. Wen-

dorf eine prinzipiell wichtige Rede, in der er erklärte, die Demokratische Partei werde nur eine Regierung unterstützen, die parlamentarisch von allen Mittelparteien, von der Sozialdemokratischen bis zur Deutschen Volkspartei getragen werden. Die Wahl der übrigen vier Minister soll am 19. Januar stattfinden. Von dem Ausgang der Verhandlungen, die zurzeit zwischen den Parteien geführt werden, und namentlich davon, ob es den Demokraten gelingt, Sozialdemokraten und Volkspartei zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubringen, wird es abhängen, ob ein regierungsfähiges Ministerium zustande kommt. Gelangt es den Demokraten nicht, ein arbeitsfähiges Ministerium zu erzielen, so muß der erst am 13. Juni 1920 gewählte Landtag aufgelöst werden, und Neuwahlen müssen die Entscheidung bringen.

Obstudenfrage und Sicherheitswehr im Haushaltungsauschuß.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde bei der Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern, beim Kapitel Auswanderungswehren, die Obstudenfrage aufgeworfen. Die unabhängige Abg. Frau Wurm griff die Regierung heftig an, weil sie zu spät vorgehe, während auf der anderen Seite der deutsch-nationale Abg. Mumm die nötige Energie vermisse. Er fragt, was denn eigentlich gelassen sei, um dem Reichstagsbeschluss vom 20. August 1920 Geltung zu verschaffen. Mit Recht erwiderte der Minister Koch, daß die ganze Sache eine Angelegenheit Preußens sei, Niemand werde benachteiligt, aber Vorkausrechte können irgendwelchen Ausländern nicht zugestanden werden. Die Judenfrage bleibt dabei gar keine Rolle. Das Berliner Wohnungsmittel habe sich gegen die Einwanderung der Ausländer nach Berlin wiederholt und energisch ausgesprochen, da für die Arbeiter ihre Wohnungen zu beschaffen seien. Es lägen große Massen Ausländer mit gefälligen Käsen über die Grenzen. Etwa 80 000 Dänen seien eingewandert;

